

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 23. Oktober 2009**

Es trifft nicht zu, dass Auszubildende in den Bundesministerien in Bonn nach Abschluss ihrer Ausbildung nur dann einen Anschlussvertrag erhalten, wenn sie sich zu einem Umzug nach Berlin bereit erklären.

19. Abgeordnete **Monika Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Anhand welcher Rechtsgrundlagen (bitte nach den einzelnen Paragraphen aufgelistet) prüft die Bundesregierung, ob es sich bei rechtsextremistischer, antisemitischer und rassistischer Propaganda um strafbare Inhalte handelt oder nicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. Oktober 2009**

Unter strafbarer Propaganda verstehen die Strafverfolgungsbehörden Taten, mit denen der Straftatbestand des § 86 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) oder der Tatbestand des § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) verwirklicht worden ist.

Ob im konkreten Einzelfall ein Propagandadelikt als rechtsextremistisch, antisemitisch und/oder rassistisch in dem als polizeiliche Eingangsstatisik geschaffenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) zu erfassen ist, ist unter Beachtung der „Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität“ von den die Straftaten erhebenden örtlichen Staatsschutzdienststellen und in Zweifelsfällen von dem zuständigen Landeskriminalamt zu entscheiden. Dabei sind die gesamten Umstände des konkreten Einzelfalles und die Einstellung des Täters zu würdigen.

20. Abgeordnete **Monika Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche speziellen Probleme sieht die Bundesregierung bei der Strafverfolgung solcher Propaganda im Internet, und welche rechtlichen Lösungsansätze bestehen dafür?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. Oktober 2009**

Bei der strafrechtlichen Verfolgung von mittels Internet begangenen Propagandadelikten stellen sich grundsätzlich die gleichen Probleme, die sich auch bei der Strafverfolgung anderer Delikte ergeben, bei denen ebenfalls das Internet als Tatmittel eingesetzt wird. Zu diesen Problemen gehören Unterschiede zwischen den Strafvorschriften der Staaten, in denen die Inhalte ins Netz gestellt werden, und denen, wo die Inhalte abgerufen werden können. Gerade in Bezug auf Propagan-

dadelikte können solche Unterschiede eine besondere Rolle spielen. Die rechtlichen Lösungsansätze liegen in einer Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit. So konnte die Strafverfolgung nach der Einführung des Europäischen Haftbefehls und der Einigung über den Europäischen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen der Europäischen Union bereits verbessert werden.

21. Abgeordneter
**Volker
Schneider**
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Welches im Programm zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2009 aufgeführte Zitat des ostdeutschen Schriftstellers Stefan Heym war für den Festgottesdienst in der Saarbrücker Ludwigskirche vorgesehen, und aus welchen Gründen wurde auf dieses Zitat verzichtet?
22. Abgeordneter
**Volker
Schneider**
(Saarbrücken)
(DIE LINKE.)
- Wer war dafür verantwortlich, dass das im Programm noch ausgewiesene Zitat von Stefan Heym während des Festgottesdienstes nicht mehr verwendet wurde?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Christoph Bergner
vom 14. Oktober 2009**

Zum ökumenischen Gottesdienst anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2009 in Saarbrücken haben die katholische Kirche in Deutschland, die evangelische Kirche im Rheinland und die evangelische Kirche der Pfalz gemeinsam eingeladen. Die Bundesregierung war bei der Programmgestaltung des Gottesdienstes nicht einbezogen.

23. Abgeordnete
**Erika
Steinbach**
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Entwicklung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels aus dem südosteuropäischen Raum von Regierungen, Agenturen und Nichtregierungsorganisationen seit der Verabschiedung des Berichtes der Sachverständigengruppe Menschenhandel der EU-Kommission (22. Dezember 2004)?
24. Abgeordnete
**Erika
Steinbach**
(CDU/CSU)
- Welche Unterstützung erhalten Gremien oder Organisationen aus Mitteln des Bundes zur Bekämpfung des Menschenhandels?